Viele Ungereimtheiten, aber kein Beweis

Prozess Die Erklärungsversuche des Ex-FDP-Fraktionschefs Bernd Klingler vor Gericht zum Verbleib von Steuergeld aus der Kasse der liberalen Gemeinderatsfraktion hinterlassen mehr Fragen als Antworten. *Von Thomas Braun*

Es ist nicht immer alles so, wie es auf den ersten Blick erscheint.“ Mit diesem Satz hatte Bernd Klingler, der wegen Untreue angeklagte frühere FDP-Fraktionschef im Gemeinderat, sein Schlusswort am zweiten Verhandlungstag vor dem Cannstatter Amtsgericht eingeleitet. Prozessbeobachtern drängt sich nach dem bisherigen Verlauf des Verfahren eher der Eindruck auf, dass da einer vor Gericht steht, dem der schöne Schein stets wichtiger war als das Sein. Großes Auto (wenn auch nur geleast), mehrfacher Immobilienbesitzer, Großsponsor bei den Stuttgarter Kickers und Mitglied zahlreicher Vereine, ein Hansdampf in allen Gassen – das war Klinglers Welt. Die Fassade des politischen Zampanos, der neben seiner beruflichen Tätigkeit als Inhaber einer gut gehenden kleinen Werbeagentur für seine ehemalige Partei auf jeder Hocketse und jedem Heckenbeerlesfest um Wählerstimmen warb und beruflich wie politisch alles im Griff zu haben glaubte, hat tiefe Risse erhalten.

Matthias Oechsner (links) und Bernd Klingler: einst zogen sie in der FDP an einem Strang. Foto: Lichtgut/Leif Piechowski

Unbestritten ist, dass Klingler seit seinem Aufstieg zum Fraktionschef der Liberalen 2011 der darniederliegenden FDP wieder mehr politisches Profil verschafft hat. Nahezu im Alleingang rettete er seiner Partei durch unermüdlichen Einsatz im Wahlkampf bei der Kommunalwahl 2014 den Fraktionsstatus im Gemeinderat – er war „der Macher“ in der FDP, wie es sein Rechtsanwalt vor Gericht formulierte. Der Rest der Fraktion, das haben mehrere Ex-Stadträte vor Gericht eingeräumt, verließ sich blindlings auf „den Bernd“ oder war, wie der heutige FDP-Sprecher Mathias Oechsner eingestand, „einfach faul“. Diese Omnipotenz wurde Klingler zum Verhängnis, sein eigenmächtiges Hantieren mit Fraktionsgeldern brachte ihn vor den Kadi. Nach Überzeugung der Anklage hat er sich beim Umgang mit Steuergeld aber nicht nur in der Grauzone der Parteienfinanzierung und jenseits des Haushaltsrechts bewegt, sondern sich der Untreue schuldig gemacht.

Die Geschichten, die der mittlerweile zur rechtspopulistischen AfD übergetretene Stadtrat auftischte, klingen – auch wenn jedes Wort wahr wäre – oft allzu fantastisch und hinterlassen mehr Fragen als Antworten. Da wären zunächst jene 23 500 Euro, die Klingler 2013 vom Fraktionskonto für Druck und Verteilung von 80 000 FDP-Werbeflyern vor der Kommunalwahl 2014 an eine Agentur im Stuttgarter Westen überweisen ließ – und die noch am selben Tag auf sein eigenes Geschäftskonto zurückflossen. Warum, so fragt man sich, hat er eigenmächtig den Auftrag an eine angebliche Werbeagentur vergeben, die weder einen Internetauftritt noch eine zugehörige Telefon- oder Faxnummer vorzuweisen hat und deren Inhaberin im Gewerberegister als Zimmervermittlerin firmierte? Ausweislich der Kontoprüfungen der Kriminalpolizei unterhielt diese Agentur nahezu ausschließlich Geschäftsbeziehungen zur FDP – und die überwiesenen Beträge landeten nicht nur im vorliegenden Fall am Ende auf dem Konto des Angeklagten. Klinglers Version, es habe sich dabei um in der Werbebranche übliche verdeckte Provisionsrückzahlungen – genannt Kickback – gehandelt, klingt ohne Belege wenig glaubwürdig.

> Klinglers Aussagen muten oft fantastisch an.

Ist Michela G. ein „Phantom“, eine Strohfrau, wie die Staatsanwaltschaft meint? Klingler will die Frau auf dem Volksfest zufällig kennen gelernt haben. Sie ist eine Verwandte der früheren SÖS-Stadträtin Maria-Lina Kotelmann, zu der Klingler immer ein enges Verhältnis nachgesagt wurde und die seit 2012 auf Teilzeitbasis in seiner eigenen Werbeagentur beschäftigt ist. Hat Kotelmann vielleicht den Deal zwischen ihrem Arbeitgeber und der Cousine eingefädelt? Die angebliche Agentur hatte jedenfalls ihren Sitz in einem Haus an der Reinsburgstraße, in dem auch Kotelmann zeitweise wohnte und das ihrem Bruder gehört. Warum ist Michela G., der Klingler die Hälfte der Rechnung aus eigener Tasche vorgestreckt haben will, um ihr 2013 die Heimkehr nach Italien zu ermöglichen, nicht vor dem Amtsgericht erschienen oder hat wenigstens Lieferschein, Auftrag und Rechnung für den Druck der 80 000 Werbeprospekte vorgelegt? Das hätte Klingler in einem wesentlichen Punkt der Anklage entlastet.

Zweifelhaft erscheint nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei auch Klinglers Behauptung, er habe im Jahr 2014 12 500 Euro aus der Fraktionskasse genommen, das Geld aber nicht für eigene Zwecke verwendet; vielmehr habe er den Betrag in seinem Büro in einer Tupperbox im Tresor aufbewahrt. Dort sei es sicherer gewesen – und vor allem immer griffbereit. Klingler war der Aufforderung seiner Kollegen, das Geld sofort zurückzahlen, zwar nachgekommen; dass er am selben Tag aber eine Summe von seinem Konto abgehoben hatte, die in den letzten drei Ziffern exakt mit dem Rückzahlungsbetrag übereinstimmte, nährt nicht nur in der Partei den Verdacht, dass er für private Zwecke Teilbeträge aus der Fraktionskasse entnommen haben könnte, um eigene Liquiditätsengpässe zu überbrücken. Sein von den Ratskollegen damals abgelehntes Angebot, mit ihnen sofort in die Agentur zu fahren und den Restbetrag aus dem Safe zu holen, erscheint manchem Liberalen im Nachhinein als Bluff: Eine Tupperschüssel hat Klingler im Gerichtssaal zwar vorgezeigt, bei der Durchsuchung seines Büros durch die Polizei wurde aber kein Tresor gefunden.

Viele Indizien sprechen gegen den Stadtrat. Dass das ehemalige FDP-Mitglied Heinz Heim vor Gericht Klinglers Version von einer FDP-internen Intrige stützte, indem er dessen früheren und mittlerweile verstorbenen Parteiintimus Heinz Lübbe mit der Aussage zitierte, er dürfe zu dem Thema nichts mehr sagen, das habe man ihm von „ganz oben“ bedeutet, kann die vielen Ungereimtheiten nicht übertünchen. Einen schlagenden Beweis für die Vorwürfe gegen Klingler gibt es freilich nicht. In Strafprozessen gilt in Deutschland der Grundsatz: Im Zweifel für den Angeklagten. Wie groß die Zweifel der Amtsrichterin sind, wird sich am Dienstag zeigen: Dann wird das Urteil gesprochen.

Verzicht eint Religionen

Fastenbrechen Tagsüber sind für Muslime derzeit Essen und Trinken tabu. *Von Elke Rutschmann*

Auf den festlich eingedeckten Tischen in Arslans Kebap in der Marienstraße in Stuttgart stehen Schalen mit Datteln, Brot und Wasser. Es ist alles gerichtet für das 8 Iftar, das Fastenbrechen, zu dem die islamische Religionsgemeinschaft Ditib am Freitag eingeladen hat. Für einen Moment ist Mesut Gülveren, ein Rechtsanwalt aus Reutlingen, versunken in das Gebet, hebt die Hände vor das Gesicht und an die Ohren und beginnt das Fastenbrechen traditionell mit Datteln und Wasser. Daneben sitzt sein Sohn Faris. Er ist 15 Jahre alt. Für beide ist der Ramadan eine Zeit der besonderen Nähe zu Gott. Insgesamt 30 Tage verzichten Muslime auf der ganzen Welt auf Essen und Trinken von der Morgendämmerung bis zum Sonnenuntergang. „Es ist auch wichtig, sich das Leid der Bedürftigen bewusst zu machen. Abends werden arme Menschen in den Moscheen versorgt“, sagt Mesut Gülveren. Es gibt Pilzsuppe, Salat und einen Grillteller. Generalkonsul Ahmet Akinti fordert in seinem Grußwort mehr Offenheit. „Und es ist wichtig, dass wir uns in unserer Verschiedenheit schätzen“, sagt Akinti.

Es sind nicht nur gläubige Muslime unter den Gästen. Albrecht Haizmann, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Baden-Württemberg hat schon öfter teilgenommen. „Es ist schön, dass das Iftar weitere Kreise zieht“, sagt der Pfarrer. Die ACK und vier islamische Verbände haben die Broschüre „Gemeinsames Wort zum Einsatz für Friede und Gerechtigkeit“ verfasst. Die Gemeinsamkeiten spricht auch Erdinc Altuntas, Landesvorsitzender von Ditib, an. „Was zusammengehört muss auch zusammenwachsen“, sagt Altuntas.

Die Sonne ist untergegangen: Fastenbrechen in der Gemeinschaft. Foto: Lg/Verena Ecker

Chance für Jugendliche

Integration Die Bürgerstiftung gründet einen Ausbildungscampus für Flüchtlinge und Schüler mit wenig Perspektiven. *Von Sybille Neth*

Die Angebote für Jugendliche mit sogenannten Bildungshemmnissen und junge Flüchtlinge sind nicht schlecht. Doch schlecht sind die Information darüber und die Kommunikation zwischen Betroffenen und Anbietern. Das soll jetzt anders werden. Die Bürgerstiftung Stuttgart startet im September mit dem Ausbildungscampus. Und vernetzt somit alle Bereiche. Die Zielgruppe sind zunächst die rund 500 Schüler, die als junge Flüchtlinge das Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf (VAB) an einer Berufsschule absolvieren, sowie Jugendliche, die schwer in eine Ausbildung zu vermitteln sind.

Die Einrichtung dieses Beratungs-und Lernortes ist das Ergebnis eines Runden Tisches, an dem Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung teilgenommen haben, um über die Bündelung der Aktivitäten zur Integration von jungen Flüchtlingen praktisch umzusetzen. „Wir haben die Finanzierung des Runden Tisches kurzerhand übernommen“, erklärte die Vorsitzende der Bürgerstiftung, Helga Breuninger. Und die Stiftung hat auch 500 000 Euro und damit drei Viertel des Budgets für drei Jahre Campus akquiriert. Am 17. Juni entscheidet der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen, ob die Stadt die Miete für die 400 Quadratmeter des Ausbildungscampus im Cannstatter Carré für fünf Jahre übernimmt.

Lob von Finanzbürgermeister Föll

Finanzbürgermeister Michael Föll betont die „herausragende Bedeutung“ der Thematik. Ein Drittel der Flüchtlinge in Stuttgart seien unter 30 Jahre alt. „Die Kernfrage ist, ob wir die Flüchtlinge als Chance für die Stadt begreifen oder die Chance nicht aufgreifen, indem wir nicht aktiv werden“, sagte Föll bei der Vorstellung des Projekts im Kreis der zahlreichen Teilnehmer des Runden Tisches sowie der künftigen Partner des Ausbildungscampus. „Ich habe größten Respekt davor, dass hier ein gemeinsames Konzept gefunden wurde, hinter dem alle stehen“, so Föll. Die Stadt werde alles daransetzen, dass man gemeinsam vorankomme, denn die Integration sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Initiative als Modellprojekt

Die Bürgerstiftung hat mit ihrer Initiative bundesweit ein Modellprojekt geschaffen. Ende April wurde der Trägerverein für den Campus gegründet. Dort werden die Arbeitsagentur, das Jobcenter, die Beratungsstellen von Sozial-und Jugendamt, die freien Träger, die Industrie-und Handelskammer und die Handwerkskammer Ansprechpartner für die jungen Leute sein. „Wir wollen beispielsweise eine Potenzialanalyse mit den Jugendlichen machen, damit sie auf die richtige Berufsschule kommen“, so beschreibt die Geschäftsführerin der Bürgerstiftung, Irene Armbruster, eines der Ziele. Sie und ihre Mitarbeiter haben gründlich in den Berufsschulen recherchiert, was die Schüler benötigen und was nicht.

Auf dem Campus werden darüber hinaus auch Patenschaften mit Ehrenamtlichen vermittelt, dort können die Jugendlichen im Internet surfen und Bewerbungen schreiben. Daneben werden sie in rechtlichen Fragen beraten und in Sprachkurse vermittelt. Christine Käferle von der Agentur für Arbeit machte eine positive Prognose, denn viele Betriebe seien auf der Suche nach Fachkräften, und es gebe mehr Ausbildungsstellen als jugendliche Bewerber.

Derzeit sucht die Bürgerstiftung nach Mitarbeitern, die die Koordination der Angebote übernehmen. Zweieinhalb Stellen sind dafür vorgesehen. „Wir haben uns im Vorfeld ebenfalls bei den Jugendlichen der Zielgruppe erkundigt, welche Art von Persönlichkeiten sie sich auf dem Campus wünschen würden“, so Irene Armbruster.

Wirtschaft in Baden-Württemberg

Die Wirtschaftszeitung der Stuttgarter Zeitung und der Stuttgarter Nachrichten für Stuttgart und die Region

Am Kiosk erhältlich.

Preis: 3,20 €

„Wirtschaft in Baden-Württemberg“ geht über das umfangreiche Wirtschaftsangebot der Stuttgarter Zeitung und der Stuttgarter Nachrichten hinaus und bietet durch die umfassende Aufbereitung von Schwerpunktthemen noch mehr Orientierung neben den täglich wechselnden Schlagzeilen.

Holen Sie sich jetzt die neue Ausgabe für 3,20 € am Kiosk!

Ab 5 Exemplaren liefern wir Ihre Bestellung direkt an Ihr Unternehmen.

Informationen zu den attraktiven Paketpreisen finden Sie unter **www.wirtschaft-in-bw.de**

Ausgezeichnet mit dem European Newspaper Award **in der Kategorie Konzept und Innovation**